

Agenturschluss am 3. Januar: Proaktiver Amtsbesuch



Will man der öffentlichen Meinung Glauben schenken, so geht es mit dem Protest und Widerstand gegen die Agenda 2010 und Hartz IV langsam zu Ende. Sind im April diesen Jahres noch 500.000 Menschen bundesweit auf die Straße gegangen, waren es am 2. Oktober in Berlin nur noch knapp 50.000 Menschen, die an der bundesweiten Anti-Hartz-Demonstration teilgenommen haben. Und auch in Kiel und Lübeck klagen die OrganisatorInnen der wöchentlichen Montagsdemonstrationen über sinkende TeilnehmerInnenzahlen, in anderen schleswig-holsteinischen Städten sind sie bereits eingestellt worden. Die ganzen Proteste, so will man uns glauben machen, seien lediglich die Folge eines Vermittlungsproblems gewesen. Inzwischen aber

habe die Sachzwanglogik überzeugen können und die Empörung über das, was an Zumutungen im neuen Jahr auf uns zukommen wird, flau nach und nach ab. Aber ist das tatsächlich so? Lässt sich aus dem Sinken der TeilnehmerInnenzahlen der Montagsdemonstrationen wirklich mehr ablesen, als dass diese Form des doch recht stillen Protestes mittlerweile ziemlich leergelaufen ist? Noch sind die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft der Wut und Entrüstung einen anderen Ausdruck zu verleihen. Auf einem Kongress im Sommer dieses Jahres ist die Initiative „Agenturschluss“ entstanden. Agenturschluss geht davon aus, dass der Widerspruch gegen Hartz IV mit der Verabschiedung der Gesetze längst nicht vorbei ist und sich auch künftig nicht auf Demonstrationzüge beschränken sollte. Gemeinsam mit zahlreichen ande-

ren Initiativen ruft Agenturschluss nun zu anderen Formen des Widerspruchs auf.

Am 3. Januar 2005 – dem ersten Werktag im neuen Jahr – soll der Betrieb der sogenannten Arbeitsagenturen (ehemals: Arbeitsämter) empfindlich gestört werden. Nicht nur in Kiel, sondern auch in Hamburg, Berlin, Frankfurt (Main), Nürnberg, Oberhausen, Münster, Göttingen, Köln, Wuppertal, Bochum, Mülheim, Gelsenkirchen und Duisburg bereiten sich sozialpolitische Gruppen konkret auf diesen Tag vor und planen unterschiedliche Aktionen. In anderen, auch schleswig-holsteinischen Städten wird über eine Beteiligung nachgedacht. Der *Gegenwind* will mehr über Agenturschluss wissen und befragte Anfang November zwei AktivistInnen aus dem Kieler Bündnis Agenturschluss nach den Hintergründen, Zielsetzungen und ihren konkreten Planungen.



DIE FOTOS AUF DIESEN SEITEN STAMMEN VON EINEM VORAB-AGENTURSCHLUSS IN GELSENKIRCHEN AM 3. NOVEMBER.

Gegenwind: Wer ist das Kieler Bündnis Agenturschluss?

Paul: Das Bündnis setzt sich aus den Gruppen Avanti – Projekt undogmatische Linke / Kiel, kiel-umsonst und engagierten Einzelpersonen zusammen, von denen auch welche in Gewerkschaften organisiert sind. Als Bündnis sind wir auch mit Delegierten an dem Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub beteiligt, welches vor allem die Montagsproteste vorbereitet.

Paula: Ansonsten haben einige von uns mehr oder weniger schlechtbezahlte und ungesicherte Jobs, andere werden vom sogenannten Arbeitslosengeld II – besser: Armutsgehalt – leben müssen und auch RentnerInnen machen bei uns mit. Damit will ich sagen, dass die meisten von uns auch unmittelbar von den Verarmungsprozessen betroffen sind.

Gegenwind: Der Name der von euch geplanten Aktion lautet „Agenturschluss“ – was bedeutet das?

Paula: Also zunächst heißen die ehemaligen Arbeitsämter jetzt ganz modern Arbeitsagenturen. Im Zuge des sogenannten Umbaus des Sozialstaates – sprich der flächendeckenden Kürzungen im sozialen Bereich – und der Hartz-Gesetze wurde auch eine Modernisierung der Arbeitsämter beschlossen. Was jetzt Agentur heißt, soll immer weniger Erwerbslose beraten oder Fortbildungen anbieten, sondern soll Erwerbslose kontrollieren, in Arbeitsmaßnahmen zwingen und am besten aus dem Leistungsbezug drängen.

Paul: Agenturschluss heißt die Kampagne, weil damit deutlich gemacht werden soll, dass es einen Zeitpunkt gibt, an dem definitiv Schluss ist mit Sozialkürzungen und Lohndumping, und der Klassenkampf von oben mit zum Teil neuen Formen der Organisierung von unten beantwortet werden muss. Ob der 3.1.2005 hier schon im Sinne von Gegenmacht wirken kann, ist selbstverständlich nicht gesagt, aber wir arbeiten daran. Das Ziel ist, ganz und gar nicht nur symbolisch, den regulären Betrieb der Arbeitsämter in möglichst vielen Städten der BRD lahmzulegen. Vielleicht kann das, was passieren wird, als

erster Erwerbslosenstreik bezeichnet werden. Und Streiks sollten ein Instrument des Kampfes sein und nicht nur der Symbolik.

Paula: Im klassischen Verständnis von Streik können Erwerbslose natürlich nicht streiken. Wenn sie sich verweigern, stehen sie rechtlos und auch geldlos da. Und da nur zu bitten und zu appellieren nichts nützt, müssen wir gemeinsam Druck entfalten und in die Mühle eingreifen. Am 3. Januar – also dem ersten Werktag nach Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetze – soll der Ablauf der Erwerbslosenbürokratie in Form des kollektiven Ungehorsams unterbrochen werden. In dem bundesweiten Aufruf ist von Besetzungen, Blockaden oder Versammlungen die Rede. Wir bereiten politisch und praktisch eine in dem Gebäude eigentlich nicht vorgesehene politische Versammlung vor, auch wenn etwaige Reaktionen aus dem Amt und aus den Reihen der Polizei dieses Vorhaben möglicherweise erschweren werden. Auf alle Fälle soll der erste Tag von Hartz IV dem Widerspruch gehören.

Gegenwind: Ihr müsst nachher noch mal genauer beschreiben, was passieren soll. Zunächst interessiert mich aber, weshalb ihr das erst für den 3.1.2005 plant und nicht schon früher, also wenn die Möglichkeit der Einflussnahme noch gegeben ist?

Paul: Wir hatten schon früh den Eindruck, dass wir die richtige Parole „Hartz IV muss weg – und das komplett!“ nicht werden durchsetzen können. Denn schließlich ist das Gesetzspaket mit 98-prozentiger Zustimmung durch den Bundestag gegangen. Die Einheitspartei SPDGRÜNECDUFDPDS hat früh deutlich gemacht, dass ihnen auch Massendemonstrationen so ziemlich am Arsch vorbegehen und sie diesen größten sozialpolitischen Angriff in der Geschichte der BRD durchziehen werden.

Paula: Das hieß für unsere Diskussionen auch darüber nachzudenken, wie sich auch unter Bedingungen, in denen die Agenda 2010 und Hartz IV Alltag sein werden, Widerstandsformen entwickeln lassen. Während Hartz IV darauf ausgelegt ist, dass alle ihre prekäre Alltagssicherung unter den Bedingungen der Armutsdrohung und der realen Verarmung alleine versuchen sollen, müssen neue Formen des Protestes und des Widerstands organisiert werden, zu denen die real existierenden Gewerkschaften heute noch nicht in der Lage sind. Die Agenturschlussidee fanden wir vor diesem Hintergrund gut und wir haben begonnen an ihrer Umsetzung auch in Kiel zu arbeiten.

Paul: Wir verstehen unsere Agenturschlussbemühungen nicht als einmaliges Protestspektakel, sondern als eine Zwischentappe für die in den nächsten Jahren anstehenden Auseinandersetzungen in den Feldern Verarmung und Ausgrenzung. Wir erhoffen uns, dass von Agenturschluss ein Moment der Ermutigung ausgeht und ein deutliches Signal einer Konfliktbereitschaft, die wir für die nächsten Jahre dringend brauchen. Zunächst wollen wir für einen Tag mit möglichst vielen „die Nötigung und Beschneidung unseres Lebens anhalten und einen Raum schaffen für den Ausdruck unserer Ängste, unserer Wut und unserer eigenen Vorstellung von einem würdigen Leben“, wie in dem bundesweiten Aufruf formuliert ist. Nach dem 3.1. werden alle sozialpolitisch engagierten Gruppen und Personen darüber nachdenken müssen, mit welchen gemeinsamen Formen wir uns beispielsweise gegen Billiglohn und Zwangsarbeit wehren können. Die Aufgabe der Entwicklung ei-

ner solidarischen und auch widerständigen Alltagskultur der von der herrschenden Ordnung zu Überflüssigen erklärten wird eine langfristige und in der öffentlichen Wahrnehmung auch nicht immer spektakuläre Angelegenheit sein.

Gegenwind: Machen die Gewerkschaften bei euren Aktionen mit?

Paula: Die Gewerkschaften an sich werden sich natürlich nicht am Agenturschluss beteiligen, genauso wie sie sich



auch nicht konsequent an anderen Protesten beteiligt oder sie durch andere gewerkschaftliche Kampfformen unterstützt haben. Die heutigen Gewerkschaften bzw. die obere Gewerkschaftsbürokratie setzt auf Befriedung und schlägt Nachbesserung von Hartz IV statt frontale Ablehnung vor. So gab ver.di-Chef Bsirske bereits am 8. September eine Empfehlung an alle Gliederungen raus, sich nicht an der bundesweiten Demonstration am 6. November zur Bundesagentur in Nürnberg und Agenturschluss zu beteiligen. Zudem wird in

der Oktoberausgabe der ver.di-Zeitschrift *publik* die antiaufklärerische Position vertreten, dass Proteste in oder vor Arbeitsagenturen nicht sinnvoll seien, da sie sich gegen die dort Beschäftigten richten würden.

Gegenwind: Wie sind eure Erfahrungen mit den Aktiven aus der Basis der Gewerkschaften? Mit denen sitzt ihr doch bei dem Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub an einem Tisch.

Paul: Dort haben wir aus unserer Sicht sehr gute Erfahrungen gemacht. Im gesamten Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub gab es große Zustimmung zu unserem Aktionsvorschlag, und kritische GewerkschafterInnen aus Kiel haben auch Texte veröffentlicht, die sich mit der oben genannten Position aus der Chefetage ausein-
=andersetzen und in denen Aktionen in und vor Arbeitsagenturen für richtig gehalten werden. Diese Texte sind auch im Internet bei www.labournet.de dokumentiert.

Gegenwind: Hier interessiert mich auch eure Position. Entsteht der Eindruck nicht sehr leicht, dass sich Protest in den Agenturen gegen die dort Beschäftigten richtet?

Paula: Ich halte eine gesellschaftliche Debatte über sinnvolle Formen unabhängiger und öffentlich finanzierter Qualifizierung und Arbeitsvermittlung – für diejenigen, die sie wünschen – heute und auch in einer ganz anderen und besseren Gesellschaft für wünschenswert. Ebenso ist eine Diskussion über den herrschenden Arbeitswahn und die Zukunft und den (Un-)Sinn von Lohnarbeit nötig. Für solche Fragen bietet sich die kollektive Aneignung des Arbeitsamtes als Ort geradezu an. Schon seit Jahren sind die Arbeitsämter mit den Drohungen, Zahlungssperren und anderen Disziplinierungsmaßnahmen für viele ein Ort des kalten Grauens. Die Agenturen haben schlicht nichts zu verteilen, und ihre Aufgabe verfestigt sich mit Hartz IV auf Verfolgungsbetreuung und die Rolle einer Arbeitspolizei zur Disziplinierung der zu Überflüssigen erklärten. Sie gehören also schlicht abgeschafft.

Paul: Von den Beschäftigten der „Arbeitsagenturen“ erwarten wir, dass sie die ihnen übertragene Aufgabe des Überwachens und Strafens kritisch hinterfragen. Sie haben die Hartz-Gesetze nicht zu verantworten. Sie sind es aber, die Leistungskürzungen und verschärfte Kontrollen umsetzen sollen. Wenn der disziplinarische Ton von oben schärfer wird und Vorschrif-

ten und Einsparvorgaben, ihre Spielräume für eine respektvolle Behandlung ihrer „Kundschaft“ immer weiter beschneiden, müssen sie sich fragen lassen, wie sie ihre Tätigkeit verantworten können.

Paula: Die Angestellten der Agenturen sollen nicht von der Zumutung unseres Protestes und unseres Widerspruchs befreit werden. Sie sind es, die die Leitlinien umzusetzen haben und die Exekutoren des Armutsprozesses sind. Wenn es richtig ist, dass auch sie – wie ver.di behauptet – quasi Opfer von Hartz IV sind, weil sie Überstunden und Schichtarbeit machen müssen und Angst vor Übergriffen zukünftiger ALG-II-EmpfängerInnen besteht, dann fordern wir sie im Vorfeld und am 3.1. ganz direkt auf, sich an der Aktion Agenturschluss zu beteiligen, d.h. die Arbeit niederzulegen und sich an der Protestversammlung in der Arbeitsagentur zu beteiligen.

Gegenwind: Ich komme jetzt darauf zurück: Was soll am 3.1. konkret in

der Kieler Arbeitsagentur passieren?

Paul: Die letzten Wochen haben wir vor allem die Aktion in den verschiedenen interessierten Kreisen vorgestellt und für sie geworben. Wir gehen davon aus, dass jetzt, wo Agenturschluss auch in Kiel in Fahrt kommt, verschiedene Gruppen und Initiativen sich ihren Platz in der Ausgestaltung suchen werden. Dafür pflegen wir mit allen Interessierten eine möglichst enge Diskussion und Kooperation.

Paula: Neben verschiedenen Vorfeldaktionen und der Vorbereitung der öffentlichen Mobilisierung beginnt jetzt die Arbeit an einem konkreten Aktionskonzept. Wir wissen, dass eine andere Initiative eine Kundgebung vor der Arbeitsagentur ab morgens plant. Dieses Vorhaben begrüßen wir.

Paul: Wir rufen dazu auf, in die Agentur hineinzugehen. Formulieren wir es mal so: Erwerblose sollen Zeugen zu einem gemeinsamen Amtsbesuch mitnehmen, um sich in der Agentur über die neuen gesetzlichen Grundlagen zu informieren. In diesem Sinne verhalten wir uns protokollgerecht, gewissermaßen sogar richtig proaktiv, wie es heute heißt. In der Agentur werden wir uns an einem zentralen Ort in einer großen Versammlung über die Folgen der Agenda 2010 und von Hartz IV, über Perspektiven der Veränderung und auch über ein besseres Leben unterhalten.

Hierzu gehört auch eine Feier mit Kaffee, Kuchen und Musik. Das Elend des Normalbetriebes steht dazu natürlich in einem unerträglichen Widerspruch. Er gehört also unterbrochen und alle sollen sich an diesem wichtigen Ereignis beteiligen.

Paula: Der 3.1. wird ein großartiger Tag und vielleicht ein kleiner Schritt in Richtung von etwas ganz anderem. Das meinen wir mit den auf eine bessere Zukunft zielenden Parolen: „Arbeitsagenturen auflösen und her mit dem schönen Leben!“ und „Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit!“

Gegenwind: Wir danken euch für das Gespräch und werden unsere LeserInnen in der nächsten Ausgabe, die vor Weihnachten erscheint, über den weiteren Verlauf der Planungen informieren.

Kontakt

Kieler Bündnis Agenturschluss
c/o Infoladen
Hansastraße 48
24118 Kiel
agenturschluss-kiel@gmx.net

Informationen

Informationen zu Agenturschluss in Kiel gibt es auf www.agenturschluss-kiel.tk. Darüber hinaus sind bundesweite Informationen und Diskussionen auf www.labournet.de/agenturschluss/ zu finden.

Termine

Freitag, 3.12.: Alcohol Fino. Konzert in der Alten Meierei. Die Latin-Ska-Reggae-Pachanga-Funk-Mestizaje-Band aus Barcelona spielt ab 21 Uhr auf. Der Soli-Euro geht an die Vorbereitungen zu Agenturschluss.

Donnerstag, 9.12.: 1. Kieler Fahrrad-Stadtrundfahrt gegen Billiglöhn und Arbeitszwang. Wir treffen uns um 13.30 Uhr auf dem Vinetaplatz, um gemeinsam mit Fahrrädern zu verschiedenen Orten der Ausbeutung zu fahren. Besucht werden sowohl Firmen, als auch Institutionen, vor denen wir dann kurze Kundgebungen oder Theaterstücke durchführen. Zum Abschluss wird es im Infoladen in der Hansastr. 48 Kaffee, Kuchen und Sekt geben. Bringt Wimpel, schön gestaltete Fahrradanhänger, laute Klingeln und sonstiges Lärmgerät mit!

Freitag, 17.12.: Avanti-Café zum Thema Agenturschluss
Ab 20 Uhr berichtet die Kieler Gruppe von Avanti – Projekt undogmatische Linke im Café der Alten Meierei im Hornheimer Weg 2 vom Stand der Vorbereitungen zu Agenturschluss. Der Abend soll mit tollen Agenturschluss-Cocktails ausklingen.



SCHROT & KORN NATURKOST

Milchprodukte · Eier · Brot & Brötchen · Kuchen
Fleisch & Wurst · Käse und Wein · Obst & Gemüse
Nährmittel · Kosmetik · Reinigungsmittel
UWS-Papier · Bücher

Unser Motto: *Frische aus der Region*

Lieferservice-Telefon 0431. 56 66 96

Geöffnet Montag–Freitag 9–18 Uhr
Samstag 9–13 Uhr

Demeter



Bioland



Waltzstraße 95 · In der Nähe der Uni · 24118 Kiel

Agenturschluss: „Arbeitsagenturen“ und „Personal Service Agenturen“ am 3. Januar 2005 lahmlegen!

Wenn am 1. Januar 2005 die neuen Hartz-Gesetze in Kraft treten sollten, rufen wir dazu auf, die „Arbeitsagenturen“ und „Personal Service Agenturen“ (PSA) bundesweit zu schließen. Am ersten Werktag des neuen Jahres, am Montag dem 3. Januar 2005, werden wir den Start von „Hartz IV“ stoppen. Wir werden in Form von Besetzungen, Blockaden oder Versammlungen in den Ablauf der Erwerbslosenbürokratie eingreifen. Wir wollen die Nötigung und Beschneidung unseres Lebens anhalten und einen Raum schaffen für den Ausdruck unserer Ängste, unserer Wut und unserer eigenen Vorstellungen von einem würdigen Leben.

Ob wir mit den jetzt stattfindenden Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen die notwendige gesellschaftliche Kraft entfalten, damit die Regierung die „Hartz-Gesetze“ zurücknimmt, wissen wir nicht. Unsere Wut und unsere Phantasie sind aber noch lange nicht aufgebraucht. Wir rufen besonders zur Teilnahme an der Arbeitsagentur-Aktionswoche vom 2. bis 5. November und zur bundesweiten Großdemonstration an der Zentrale der „Bundesagentur für Arbeit“ am 6. November in Nürnberg auf. Selbst wenn die „Hartz-Gesetze“ Alltag werden, wird der soziale Protest und Widerstand dagegen nicht zu Ende sein. Es sind schon andere Gesetze wieder gekippt worden. Weisen wir das gesellschaftliche Elend, das uns jetzt versprochen wird, zurück. Erinnern wir uns an die erfolgreichen Proteste gegen die Einführung einer Kopf-Steuer („poll tax“) in England Anfang der 90er Jahre. Die mas-

senhafte Aufkündigung des „sozialen Friedens“ brachte das Gesetzesvorhaben seinerzeit zu Fall.

Viele Menschen begreifen, dass der Angriff auf uns und unsere Bedürfnisse gleichermaßen für Erwerbslose wie für Lohnarbeitende gilt. Für diejenigen, die Lohnarbeiten, als Erpressung zu Mehrarbeit und Lohnverzicht. Für diejenigen, die erwerbslos sind, als Leistungskürzung und Zwang in Billigjobs. Immer mehr Aufwendungen für Renten- und Krankenversicherung kommen für alle dazu. Dass ausgerechnet die großen Sozialverbände wie Caritas, Diakonie oder AWO von der Einführung der nur symbolisch entlohnten Zwangsarbeit für „Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen“ profitieren wollen, macht sie zu klaren Gegnern im Widerstand gegen die „Hartz-Gesetze“. Im gemeinsam und gleichzeitig erlebten Alltag der Bedrohung mit Arbeit und Arbeitslosigkeit gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Darin liegt aber auch die Möglichkeit, im Protest und Widerstand, nicht nur gegen die „Hartz-Gesetze“, zusammen zu kommen.

Im aktuellen Umbau des Sozialstaates verschiebt sich die Aufgabe der neuen „Agenturen für Arbeit“. Im Leitbild der „Verfolgungsbetreuung“ tritt die Zielrichtung der Kontrolle und Ausübung von Zwang gegenüber den erwerbslosen „KundInnen“ deutlich hervor und die Förderung und Beratung in den Hintergrund. Wenn die „Arbeitsagenturen“ zur „Arbeitspolizei“ werden, stellen wir ihre Exis-

tenzberechtigung in Frage. In diesem Sinne soll die Schließung der „Arbeitsagenturen“ durch unsere Aktionen auch die Forderung nach der Auflösung dieser Behörde ausdrücken.

Was konkret am 3. Januar 2005 in den „Arbeitsagenturen“ und „PSAs“ passieren wird, ist abhängig von den Menschen vor Ort, von ihrem Zorn und von dem, was sie sich zutrauen. Unser Ziel ist es, uns in den Ämtern zu versammeln, den Betrieb lahm zu legen und dort zu protestieren und zu diskutieren. Dabei können die Beschäftigten der Arbeitsämter mit einbezogen werden. Sollten wir vor verschlossenen Türen stehen, haben wir ein Teilziel erreicht und können uns überlegen, ob und wie wir uns Zutritt verschaffen. Vielleicht haben wir auch vorher schon eine Idee dazu.

Organisiert euch! Macht Agenturschluss in eurer Stadt! Verlegen wir die Montagsdemonstrationen am 3. Januar in die „Arbeitsagenturen“ und „PSAs“. Achtet auf Aufrufe und Ankündigungen!

Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit!

Agenturschluss ist eine Initiative von sozialpolitisch engagierten Gruppen aus mehreren Städten. Sie entstand auf dem Kongress „Die Kosten rebellieren – Internationale Versammlung zu Prekarisierung und Migration“ und wurde auf einem bundesweiten Treffen Anfang August konkretisiert. Ihr erreicht die bundesweite Initiative Agenturschluss unter agentur_schluss@yahoo.com.



Proteste vor den Arbeits- agenturen



Im Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub arbeiten Menschen mit, die an der Vorbereitung der Aktion „Agenturabschluss“ am 3. Januar 2005 beteiligt sind. Einige von ihnen gehören – wie überhaupt ein großer Teil der Bündnis-TeilnehmerInnen – der Gewerkschaft ver.di an. In dieser Gewerkschaft, die auch etliche der bei Arbeitsagenturen und Sozialämtern Beschäftigten zu ihren Mitgliedern zählt, gibt es auch Widerstände gegen derartige Aktionen. Die ver.di-Mitglieder im Bündnis haben sich deshalb darauf verständigt, innerhalb ihrer Organisation die Auseinandersetzung darüber offensiv anzugehen und um Verständnis für Proteste gegen Hartz IV auch vor und in den Dienststellen zu werben, möglichst sogar eine Unterstützung zu erreichen.

Das folgende Schreiben habe ich im Auftrag des Bündnisses als Vorschlag für eine gemeinsame Stellungnahme verfasst. Er wird auf dem nächsten Bündnistreffen am 15. November abschließend beraten und auch auf der Sitzung des ver.di-Bezirksvorstandes am selben Tag vorliegen. (Also nach Redaktionsschluss, aber vor Erscheinen dieser Ausgabe.)

Die von einigen FunktionärInnen gestarteten Versuche, die Beteiligung von ver.di-Mitgliedern an solchen Aktionen zu verhindern, sind bereits gescheitert. Eine Diskussion, wie sie sich zur Zeit in Kiel entwickelt, gibt es in anderen Städten schon seit Wochen, und es gibt durchaus auch positive Stellungnahmen von GewerkschafterInnen in der Arbeitsagentur. Wer sich über diese Auseinandersetzungen informieren möchte, kann das am besten bei labournet und natürlich auf der ver.di-Website tun; dort ist auch der *publik*-Artikel nachzulesen, auf den ich mich in diesem Schreiben so ausführlich beziehe.

Nicht zuletzt die beeindruckende Demonstration von etwa 10.000 Menschen vor der Nürnberger Bundesagentur am 6. November hat gezeigt, wie groß die Unterstützung solcher Protestaktionen auch in Gewerkschaftskreisen und namentlich bei ver.di ist. Auf der Montagskundgebung in Kiel-Gaarden am 7.11. hat der Kollege Christian Koberg vom ver.di-Bezirksvorstand, der in Nürnberg dabei war, anschaulich darüber berichtet.

Der Widerstand gegen Hartz IV hat sich sicher nicht so breit entfaltet, wie wir es gehofft und tatkräftig angestrebt haben. Es gibt allerdings keine Alternative dazu, weiter daran zu arbeiten. Noch ist der Kampf nicht entschieden, und auch die Medien sehen sich langsam gezwun-

gen, kritischer über Hartz IV zu berichten: „Fast jeder vierte Arbeitslose bald ohne Hilfe?“ und „Bald 2,5 Millionen Kinder an der Armutsgrenze“ (Artikelüberschriften in der KN vom 7.11.) – so etwas sorgt für Reaktionen, die den Regierenden nicht lieb sein können. Bleibt die Aufgabe, die Empörung in Aktionen des Protestes und des Widerstands zu bündeln. Eine Aufgabe, der sich zuallererst GewerkschafterInnen stellen müssen. Das versuchen wir zu tun, und das wird man auch vor und in den Arbeitsagenturen und Sozialämtern merken.

Dietrich Lohse

Ver.di-Mitglieder innerhalb und außerhalb der Arbeitsagentur: Gemeinsam für gemeinsame Interessen

(Vorschlag für eine gemeinsame Stellungnahme der ver.di-Mitglieder im Kieler Bündnis)

Liebe KollegInnen und Kollegen, in unserer Gewerkschaft gibt es kontroverse Diskussionen darüber, ob Proteste gegen Hartz IV vor und in den Arbeitsagenturen und Sozialämtern berechtigt und unterstützenswert sind. Wir, ver.di-Mitglieder im *Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub*, stehen solchen Protesten (zum Beispiel am 6.11. in Nürnberg und am 3.1. in verschiedenen Agenturen) positiv gegenüber und werden uns zum Teil an ihnen beteiligen.

Wir möchten darüber mit euch ins Gespräch kommen. Unsere Position entwickeln wir im Folgenden in Auseinandersetzung mit einem Artikel in unserer Zeitung publik.

In einem Artikel in der ver.di-Zeitung publik (Oktober 2004) schreibt Gundula Lasch: „Viele ver.di-Mitglieder sind Betroffene von Hartz IV. Nicht nur Erwerbslose, sondern auch Beschäftigte der Arbeitsagenturen und Sozialämter sowie der Sozialverbände.“

Das stimmt, wenn man mit „Betroffenheit“ meint, alle genannten Personen hätten irgendwie damit zu tun. Ansonsten ist die Betroffenheit zunächst einmal durchaus unterschiedlich: Die einen leiden unter dem Sozialkahltschlag, die anderen sollen ihn umsetzen. Ist es deshalb richtig, wenn die Kollegin weiter schreibt: „Gar nicht so einfach, die unterschiedlichen Interessen auf einen Nenner zu bringen“? Und später: „Für ver.di eine schwierige Gemengelage. Sie hat die Interessen all ihrer Mitglieder zu vertreten. Funktioniert das ver.di-Motto »Solidarität im neuen Format« auch jetzt?“

Wenn diese Fest- bzw. Fragestellungen richtig sein sollten, müsste uns jemand erklären, worin die gegensätzlichen Interessen der betroffenen Mitgliedergruppen bestehen sollen. Worin bestände das Interesse der KollegInnen in Arbeitsagenturen und Sozialämtern (die Sozialverbände nehmen wir hier mal aus, da dabei Unternehmerinteressen ins Spiel kommen) an der Umsetzung von Hartz IV?

Ein solches Interesse gibt es nicht. Es sei denn, man setzt das Interesse am Erhalt eines Arbeitsplatzes gleich mit völliger Ignoranz gegenüber dem, was man da tut. Eine solche Einstellung unterstellen wir den KollegInnen ausdrücklich nicht. Und als abhängig Beschäftigte sind die Beschäftigten in Agenturen und Ämtern nicht erst bei eventuellem Arbeitsplatzverlust von Hartz IV betroffen, sondern heute schon demselben mit diesem Gesetz einhergehenden und damit auch beabsichtigten Druck auf Arbeitszeiten, Entgelt und andere Tarifbestandteile ausgesetzt, wie alle anderen KollegInnen im Öffentlichen Dienst und in der Privatindustrie.

Deshalb besteht Solidarität in jedem Format auch nicht in der Kompromissfindung zwischen unterschiedlichen Interessen, sondern in der Organisierung des gemeinsamen Widerstandes gegen Sozialabbau und Lohnraub. Darin sehen wir die Aufgabe unserer Organisation, unserer Gewerkschaft ver.di.

Absolut nicht einverstanden sind wir mit der Behauptung: „Nicht nur objektive Pluspunkte für Betroffene sind Anlass, etwas Dampf aus der Parole »Weg mit Hartz IV« zu nehmen.“ Zunächst einmal: Die „objektiven Pluspunkte“ – „es gibt auch Regelungen, die für die Betroffenen Verbesserungen bringen. Beispielsweise, dass die Dienstleistungen nun aus einer Hand erbracht werden, dass Vermittlungs- und Qualifizierungsaktivitäten der Agentur für Arbeit nun auch erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern zukommen“ (Frank Bsirske) – können doch wohl nicht dazu führen, dass man die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (künftig ALG I), die Streichung der Arbeitlosenhilfe usw. akzeptiert, die „Verbesserungen“ für einige also durch ungeheure Opfer von vielen Erwerbslosen bezahlen lässt. Wo das Geld für soziale Besserstellung nicht allein der bisherigen SozialhilfeempfängerInnen wirklich zu holen wäre, kann man etlichen ver.di-Broschüren (zum Beispiel der über Steuergerechtigkeit) entnehmen. Lassen wir dieses untaugliche Argument also beiseite, so bleibt wieder nur der Verweis Interessengegensätze (was auf die Akzeptierung von Hartz IV gerichtete Interessen der in Agenturen und Ämtern Beschäftigten unterstellt), um zu begründen, dass die Proteste gegen Hartz IV höchstens noch halbherzig unterstützt werden. Damit sollten wir uns nicht abfinden.

Schließlich zitiert Kollegin Lasch noch den Vorsitzenden des ver.di-Bundeserwerbslosenausschuss, Peter Heller: „Keiner von uns will Hartz IV“. Na also! „Uns ist klar, dass die Kolleginnen und Kollegen in den künftigen Arbeitsgemeinschaften diese neuen Gesetze nicht gemacht haben und auch nur ihren Job tun.“ Okay. „Deshalb erklären wir ausdrücklich unsere Solidarität mit ihnen.“ – Wobei? Gut: Solidarität im Kampf gegen Überlastung und Überforderung und auch gegen befürchtete körperliche Angriffe wird zu Recht gefordert. Aber offenbar geht es generell um die Abwehr von Protesten gegen den Sozialkahltschlag in den Arbeitsämtern, denn das erklärt Kollege Heller für den „falschen Weg“, und Gundula Lasch schreibt: „Die erwerbslosen ver.di-Aktiven wenden sich auch gegen die Pläne zur Besetzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg oder zur Besetzung regionaler Arbeitsagenturen.“ Das ist nun in der behaupteten Allgemeinheit so eindeutig falsch, dass es gleich im übernächsten Satz wieder dementiert werden muss.

Gespräche zwischen Beschäftigten der Arbeitsagentur und der Sozialämter sowie KollegInnen, die erwerbslos und/oder in Initiativen wie dem Kieler Bündnis aktiv sind, halten wir auch in unserer Stadt für ein geeignetes Mittel, Missverständnisse und Vorbehalte auszuräumen. Unsere Position als ver.di-Mitglieder im Kieler Bündnis ist klar: Wir werden versuchen, die Proteste gegen Hartz IV und die Agenda 2010 fortzusetzen. Wir halten es für berechtigt, diese Proteste in geeigneter Form auch dort vorzutragen, wo die Hartz-Gesetze exekutiert werden: Bei der Arbeitsagentur und den zukünftigen „Job-Centern“. Wir wenden uns dagegen, die dort beschäftigten KollegInnen grundlos anzufinden. Wir halten es aber auch für notwendig, dass diese KollegInnen im Bewusstsein unserer gemeinsamen Interessen und der Richtigkeit der von ver.di selbst gegen die herrschende Politik vorgebrachten Argumente den Protest unterstützen bzw. an ihren Arbeitsplätzen um Verständnis für die Protestierenden werben.

